



Sozialdemokratie in Chile

Die Politik der kleinen Schritte

SIMONE REPERGER

November 2017

- Chile ist ein Land in Bewegung. Die amtierende Staatschefin Michelle Bachelet hat mit ihrer breiten Mitte-links-Koalition »Nueva Mayoría« begonnen, eines der neoliberalsten Länder der Welt in Richtung eines sozialdemokratischen Staates umzubauen. Die von ihr angestoßenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen sind die weitgehendsten seit Ende der Militärdiktatur und gleichen einer historischen Zäsur, da sie die Spielregeln zwischen Kapital und Staat neu definieren.
- Am 19. November 2017 stehen die Präsidentschaftswahlen an. Der Preis, den Staatspräsidentin Bachelet für ihren progressiven Politikwechsel zahlen wird, ist voraussichtlich sehr hoch. Ihre Regierungskoalition ist zerstritten und startet nach 20 Jahren erstmals mit mehreren Kandidat_innen ins Rennen, die sich gegenseitig die Stimmen abringen. Darüber freut sich vor allem die Opposition: Ihr »Einheitskandidat« Sebastián Piñera führt in den Meinungsumfragen. Damit wird sich Chile aller Voraussicht nach bald in die Liste derjenigen lateinamerikanischen Länder einreihen, die von konservativen Präsidenten regiert werden.
- Obwohl Chile in der Region als Vorzeigeland gilt – die ökonomische Entwicklung ist stabil und die Demokratie konsolidiert –, steht das Land vor großen Zukunftsherausforderungen. Die soziale Ungleichheit und die Frustration der Bürger_innen über Korruption, Klientelismus und die nach wie vor weitreichende Privatisierung sämtlicher Lebensbereiche bergen großes Protestpotenzial. Chiles Demokratie ist daher unter Druck und die Krise tiefer, als sie auf den ersten Blick erscheint.



Inhalt

1. Einleitung: Das Vorzeigeland hinterfragt sein neoliberales Entwicklungsmodell	3
2. Die Regierung »Bachelet 2« – Eine kurze Bilanz aus sozialdemokratischer Sicht	3
2.1 Zwischen kulturellem Erfolg	3
2.2 ... und starkem Gegenwind von rechts und links	4
3. Die Präsidentschaftswahlen 2017 – ein Stimmungsbild	4
3.1 Der Zustand der progressiven Parteien: Zerstrittenheit und drohende Wahlniederlage	4
3.2 Der Zustand der Demokratie: Misstrauen, Klientelismus und Korruption	5
4. Zukunftsherausforderungen: Was erwartet Chile von der künftigen Regierung?	7
Literatur	9

1. Einleitung: Das Vorzeigeland hinterfragt sein neoliberales Entwicklungsmodell

Chile gilt in Lateinamerika und der Karibik als »Klassenbesten«: Es hat die höchste Lebensqualität, die Wirtschaft wächst, das Investitionsklima ist stabil und die Sicherheitslage ist im kontinentalen Vergleich gut. Zudem ist es dem OECD-Mitglied seit Ende der Militärdiktatur 1990 gelungen, die Armut deutlich zu reduzieren (11,7 Prozent in 2016 im Vergleich zu 45 Prozent in 1987), und das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 23.000 US-Dollar. Für diese positive Entwicklung wird das Land von internationalen Entwicklungsbanken und Ratingagenturen gefeiert.

Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ist jedoch nicht alles Gold, was glänzt. Chiles neoliberales Entwicklungsmodell, welches von Diktator Pinochet (1973–1990) und den »Chicago Boys« – in den 1980er-Jahren in den USA ausgebildete Ökonom_innen – entworfen wurde, produziert bis heute wenige Gewinner_innen und viele Verlierer_innen. Die Privatisierung aller Lebensbereiche, mit der Chile zu einem weltweit beobachteten Experiment wurde, hat dazu geführt, dass Bildung, Gesundheit, Rente und Wasser heutzutage teure Konsumgüter und für viele Bürger_innen unerschwinglich sind. Diese extreme soziale Kluft ist problematisch. Das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt über mehr als ein Drittel des Einkommens und Besitzes, während mehr als 50 Prozent weniger als 400 US-Dollar monatlich verdienen. Chile ist damit einer der ungerechtesten Staaten der Welt (Gini-Koeffizient 0,518 – Platz 138 von 157) und weist die laut Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (CEPAL) für Lateinamerika typischen Probleme auf: Ungleichheit und einen Mangel an sozialer Kohäsion.

Aufgrund dieser sozialen Schieflage wächst derzeit das gesellschaftliche Unbehagen in Chile. Proteste gegen das marktorientierte Entwicklungsmodell nehmen zu. Die Schüler_innen- und Studierendenbewegung, die seit 2011 Millionen von Menschen auf der Straße mobilisierte und sich für das »Recht auf kostenlose Bildung für alle« einsetzt, sorgte weltweit für Schlagzeilen. Heute ist »No más AFP« (keine weiteren privaten Rentenfonds) die größte soziale Bewegung: Sie fordert eine politische Kehrtwende in der Rentenpolitik, um das dramatische Ausmaß der Altersarmut anzugehen. Mehr Staat und weniger Marktmacht lautet auch ihr Motto.

Die vorliegende Analyse zieht im Wahljahr 2017 eine kurze Bilanz der zweiten Regierungszeit Michelle Bachelets aus sozialdemokratischer Sicht und zeichnet ein politisches sowie gesellschaftliches Stimmungsbild Chiles. In Zeiten demokratischer Krisen lohnt sich ein Blick auf das südamerikanische Land auch für Europa: Die Distanz zwischen politischer Elite und den Bürger_innen ist erheblich, das Misstrauen in politische Institutionen steigt und die chilenische Gesellschaft beginnt zum ersten Mal, das neoliberale Entwicklungsmodell seit Ende der Militärdiktatur ernsthaft zu hinterfragen. Sie fordert nicht mehr und nicht weniger als einen neuen Gesellschaftsvertrag. Die Zukunftsherausforderungen der künftigen Regierung sowie der politischen Parteien sind daher enorm.

2. Die Regierung »Bachelet 2« – Eine kurze Bilanz aus sozialdemokratischer Sicht

2.1 Zwischen kulturellem Erfolg ...

In dieser gesellschaftlichen Stimmung ist Michelle Bachelet 2013 in ihre zweite Amtszeit gestartet. Obwohl seit der Rückkehr zur Demokratie (1990) in Chile fast durchgehend Mitte-links-Koalitionen an der Macht waren, stellt ihre erneute Regierungsperiode eine historische Zäsur dar. Denn erstmals versuchte ein Staatsoberhaupt nicht nur mit kleinen Sozialreformen den chilenischen Kapitalismus etwas zu zähmen, sondern mit großen Strukturreformen die Spielregeln in Chile nachhaltig zu verändern. Dazu gehören: eine neue Steuerpolitik, mit der es erstmals gelingt, große Unternehmen stärker zu besteuern und Steuerschlupflöcher zu schließen; die Einführung einer solidarischen Rentenversorgung; ein neues Arbeitsrecht, das die Gewerkschaften stärkt; ein Abtreibungsgesetz, das zur Entkriminalisierung beiträgt; eine Frauenquote für die Kandidat_innenlisten bei den kommenden Parlamentswahlen und vieles mehr.

Vor allem liegt der Schwerpunkt aber auf der Stärkung der Rolle des Staates im Bereich der Bildungspolitik. Chile verfügt zusammen mit China über eines der am stärksten privatisierten Bildungssysteme der Welt. Wie gut die Ausbildung eines Kindes ist, hängt daher in hohem Maße von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern ab. Die Bildungsqualität der Privatschulen liegt weit über dem der öffentlichen Einrichtungen. Dies schränkt soziale Aufstiegsmöglichkeiten stark ein und manifes-

tiert die Ungleichheit. Bachelets Gesetz zur »sozialen Inklusion« will dies ändern. Nun zahlt der Staat für viele Kinder die Gebühren an sogenannten »subventionierten Schulen«, um ihnen eine bessere Bildung zu ermöglichen. Auch die teuren Studiengebühren für die ärmsten 50 Prozent der Studierenden übernimmt das Bildungsministerium.

Bachelet hat in einem Land, von dem viele sagen, dass nicht die Politik, sondern der Kapitalismus regiert, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat neu formuliert. Ihre Politik verfolgt zudem das Ziel, das Erbe des Diktators Pinochet verblassen zu lassen. Denn die Verfassung und zahlreiche Gesetze stammen noch aus seiner Zeit. Erst in 2015 wurde das von ihm eingeführte binominale Wahlrecht abgeschafft und durch ein neues, weitaus demokratischeres ersetzt. Künftig werden nicht mehr die großen Partei-Koalitionen bevorzugt, sondern auch kleine Parteien haben erstmals die Chance, ins Parlament einzuziehen. Chiles Politik wird damit repräsentativer und vielfältiger.

2.2 ... und starkem Gegenwind von rechts und links

Allerdings rufen diese Reformen nicht nur einen starken Gegenwind der einflussreichen Unternehmerverbände, ihrer Medienkonglomerate und der erzkatholischen Kirche hervor, sondern auch innerhalb Bachelets eigener Koalition ist der Widerstand immens. Konservative Gruppen fordern die Rückkehr zu einer klassisch wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Den linken Koalitionspartnern sowie sozialen Bewegungen gehen die Reformen wiederum nicht weit genug: Sie wollen einen radikaleren Politikwechsel.

In dieser politischen Gemengelage gelang es der Staatschefin daher »nur«, Reformen des kleinsten gemeinsamen Nenners durchzusetzen. Das neue Abtreibungsgesetz entkriminalisiert beispielsweise nicht jede Art von Schwangerschaftsabbruch, sondern erlaubt Eingriffe nur in drei Fällen: bei Todesgefahr für Mutter oder Kind sowie nach Vergewaltigung. Bildung ist auch künftig kein kostenloses öffentliches Gut, sondern der Staat zahlt die Gebühren an privaten Universitäten und Schulen lediglich für einen Teil der Kinder.

Die allgemeine Wahrnehmung in Chile ist daher, dass Bachelets zweites Mandat vom Scheitern geprägt ist.

Dennoch hat sie in ihrer zweiten Amtszeit – in einem so deregulierten Land wie Chile – Meilensteine gesetzt und eine Politik der kleinen Schritte hin zu mehr Sozialdemokratie eingeschlagen, die ein zukünftiger Regierungschef nicht einfach rückgängig machen kann. Das werden Politolog_innen – und vielleicht auch die chilenischen Bürger_innen – wohl erst im Nachhinein würdigen.

3. Die Präsidentschaftswahlen 2017 – ein Stimmungsbild

3.1 Der Zustand der progressiven Parteien: Zerstrittenheit und drohende Wahlniederlage

Michelle Bachelet hinterlässt ihrem Land allerdings nicht nur dieses bemerkenswerte politische Erbe, sondern auch eine fragmentierte Mitte-links-Parteienlandschaft. Das Regierungsbündnis Nueva Mayoría (NM)¹ startet zum ersten Mal mit zwei konkurrierenden Kandidat_innen in den Wahlkampf, da sich die Christdemokrat_innen (Partido Demócrata Cristiano – DC) abspalten und mit einer konservativeren Programmatik positionieren wollen. Doch nicht nur dies wird die NM Stimmen kosten, sondern auch der wachsende Konkurrenzdruck von links. Frente Amplio (FA), ein neues Linksbündnis, das elf Parteien und soziale Bewegungen vereint und seinen Ursprung in der seit 2011 einflussreichen Studierendenbewegung hat, gewinnt derzeit die Herzen und Stimmen der jungen Menschen.

Ins Rennen um das höchste Amt im Staat starten daher 2017 deutlich mehr ernstzunehmende Kandidat_innen, als dies in der Vergangenheit üblich war: der Unternehmer sowie ehemalige rechtskonservative Präsident und derzeit in den Umfragen führende Sebastián Piñera (Wahlbündnis Chile Vamos²), der Mitte-links-Senator und ehemalige Medienstar Alejandro Guillier (NM), die Parteivorsitzende der DC, Carolina Goic, sowie die Journalistin Beatriz Sánchez (FA).³

1. Das Regierungsbündnis »Nueva Mayoría« (NM) besteht aus Partido Socialista (PS), Partido Radical Socialdemócrata (PRSD), Partido por la Democracia (PPD), Partido Comunista (PC), Partido Demócrata Cristiano (DC), MAS Region und Izquierda Ciudadana (IC).

2. Das Wahlbündnis »Chile Vamos« besteht aus Unión Demócrata Independiente (UDI), Renovación Nacional (RN), Evolución Política (Evópoli) und Partido Regionalista Independiente (PRI).

3. Michelle Bachelet selbst kann nicht antreten, da das chilenische Wahlgesetz eine direkte Wiederwahl nicht zulässt.



Tabelle 1: Meinungsumfrage vom 25.10.2017 in Chile:
 »Welchen Kandidaten werden Sie bei den Präsidentschaftswahlen am 19.11.2017 wählen?«

Präsidentschaftskandidat_innen	Unterstützende Parteien	Voraussichtlicher Stimmenanteil beim 1. Wahlgang am 19.11.17
Sebastian Piñera	Rechtskonservatives Wahlbündnis »Chile Vamos« (UDI, RN, PRI, Evópoli)	44 %
Alejandro Guillier	Sozialdemokratische Koalition »Nueva Mayoría« (PS, PPD, PC, PRSD)	20 %
Carolina Goic	Christdemokratische Partei (DC)	4 %
Beatriz Sanchez	Frente Amplio	8,5 %
Marco Enríquez Ominami	Mitte-links-Partei PRO	4,6 %
José Antonio Kast	Unabhängiger rechtskonservativer, nationalistischer Kandidat	3,7 %

Quelle: Angaben des chilenischen Meinungsforschungsinstituts Centro de Estudios Públicos (CEP) vom 25.10.2017.

Von dieser Vielfalt an Kandidat_innen im Mitte-links-Spektrum profitiert die rechte Opposition: Ihr »Einheitskandidat« Sebastián Piñera führt in den Meinungsumfragen. Insgesamt hat das Mitte-links-Lager zwar einen ebenso großen Stimmenanteil wie die Rechte; da sich deren Kandidat_innen aber gegenseitig die Stimmen abringen und auch in einer Stichwahl nicht miteinander kooperieren wollen, wird sich Chile aller Voraussicht nach in die Liste der lateinamerikanischen Länder einreihen, die derzeit einen Rechtsruck erleben.

3.2 Der Zustand der Demokratie: Misstrauen, Klientelismus und Korruption

Den Wahlkampf sowie die Politik im Allgemeinen beobachten die Bürger_innen mit Distanz. Das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen ist enorm. Parteien haben einen schlechten Ruf und Chile verzeichnet heutzutage eine der niedrigsten Wahlbeteiligungen weltweit (z.B. 32 Prozent bei den landesweiten Kommunalwahlen 2016, voraussichtlich 45 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen in 2017, CEP 25.10.17). Nur acht Prozent der Chilen_innen geben an, dass eine der Parteien ihr Interesse vertritt; 85 Prozent Misstrauen dagegen allen politischen Parteien. Rund 38 Prozent der Bevölkerung gelten zudem als »abgehängtes Prekariat«, das sich von Politik und gesellschaftlichem Leben ausgeschlossen fühlt und für demokratische Parteien kaum mehr erreichbar ist (UNDP; Cristobal Rovira, vgl. Abb. 2). Damit

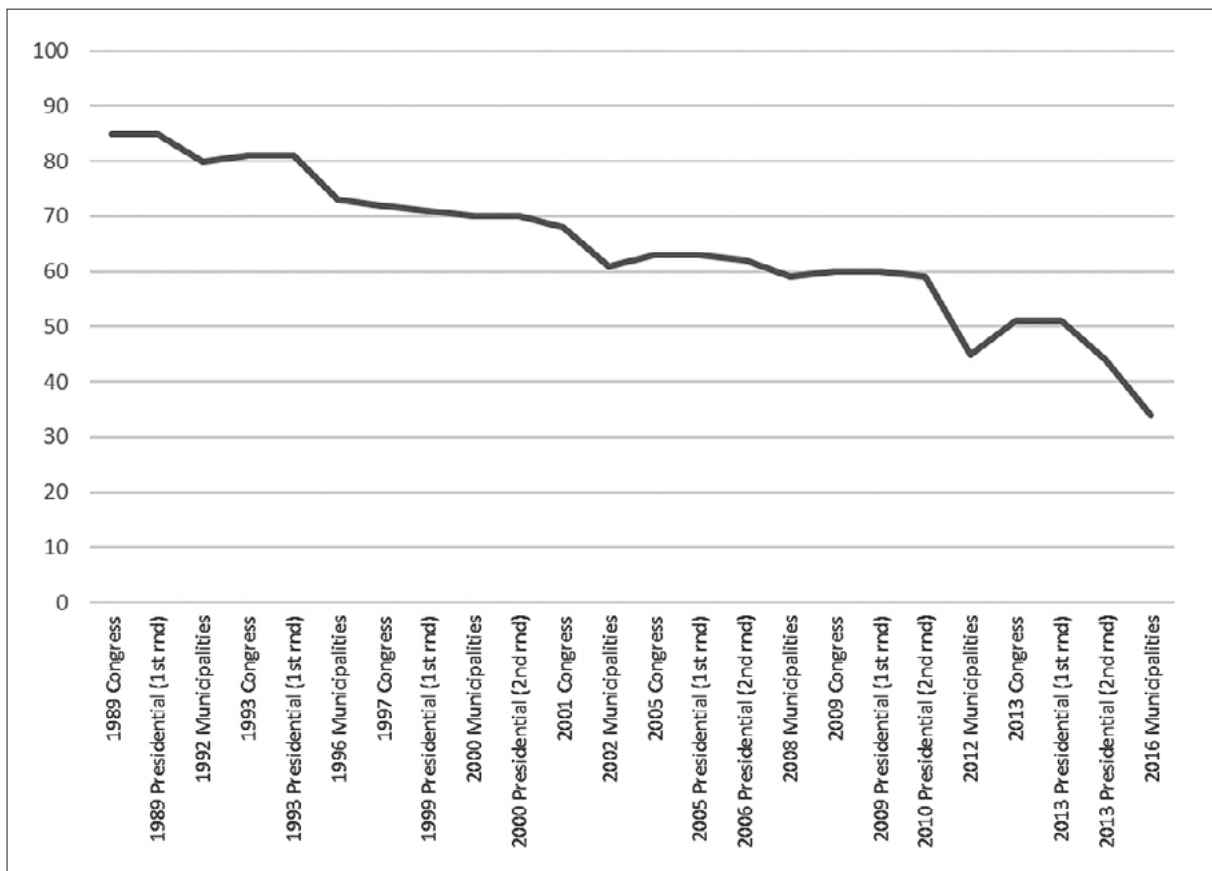
ist Chile Schlusslicht der OECD-Staaten hinsichtlich politischer Repräsentation.

Für dieses Ausmaß an Politikverdrossenheit gibt es in erster Linie vier Gründe, die nicht nur für die Linke Chiles, sondern für viele progressive Parteien auf dem Subkontinent derzeit charakteristisch sind:

Erstens, die Korruption: Illegale Finanzierungs- und Bestechungsskandale betreffen nicht nur Parteien aller Lager, sondern auch Wirtschaft, Kirche sowie den Fußball, und damit zentrale Bereiche des chilenischen Lebens. Auch die Schwiegertochter der Präsidentin ist in einen skandalösen Immobiliendeal (»Fall Caval«) verstrickt. Seitdem ist die Zustimmungsrates für Michelle Bachelet von einst über 59 auf 23 Prozent gesunken (Meinungsforschungsinstitut CEP, 25.10.2017). Ihr zuvor größtes politisches Kapital – Vertrauen und Beliebtheit – hat sie eingebüßt.

Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern, die derzeit aufgrund großer Korruptionsfälle ebenfalls für Aufsehen sorgen, hat Chile zügig neue Lobby- sowie Antikorruptionsgesetze verabschiedet. Seit 2017 existieren strikte Regeln zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung, Parteien haben erstmals Anspruch auf öffentliche Finanzierung und private Spenden dürfen nur noch von Einzelpersonen angenommen und müssen offengelegt werden (Fuentes 2017). So soll die Trennung zwischen Politik und Kapital besser gewährleistet werden. Trotz einiger Schwachstellen gilt das Gesetz in Lateinamerika

Abb. 1: Wahlbeteiligung in Chile seit der Rückkehr zur Demokratie (1989–2016)



Quelle: chilenische Wahlbehörde (*servicio electoral*)

als beispielhaft. Ob damit das Vertrauen der Bürger_innen in die Politik zurückgewonnen werden kann, bleibt jedoch abzuwarten.

Zweitens schwächt neben der Korruption auch der Klientelismus die Qualität der Demokratie auf dem Subkontinent. Politik und Wirtschaft wird auch in Chile von einer kleinen Oberschicht – schätzungsweise 50 Familien – dominiert und Unternehmer_innen nehmen großen Einfluss auf politische Entscheidungsräume (UNDP 2017). Viele Senator_innen und ihre Familien sind beispielsweise Aktionär_innen der privaten Rentenkassen oder Eigentümer_innen von Privatschulen. Daher werden regelmäßig Gesetze verabschiedet, die sich nicht am Gemeinwohl, sondern an den Interessen der Elite orientieren.

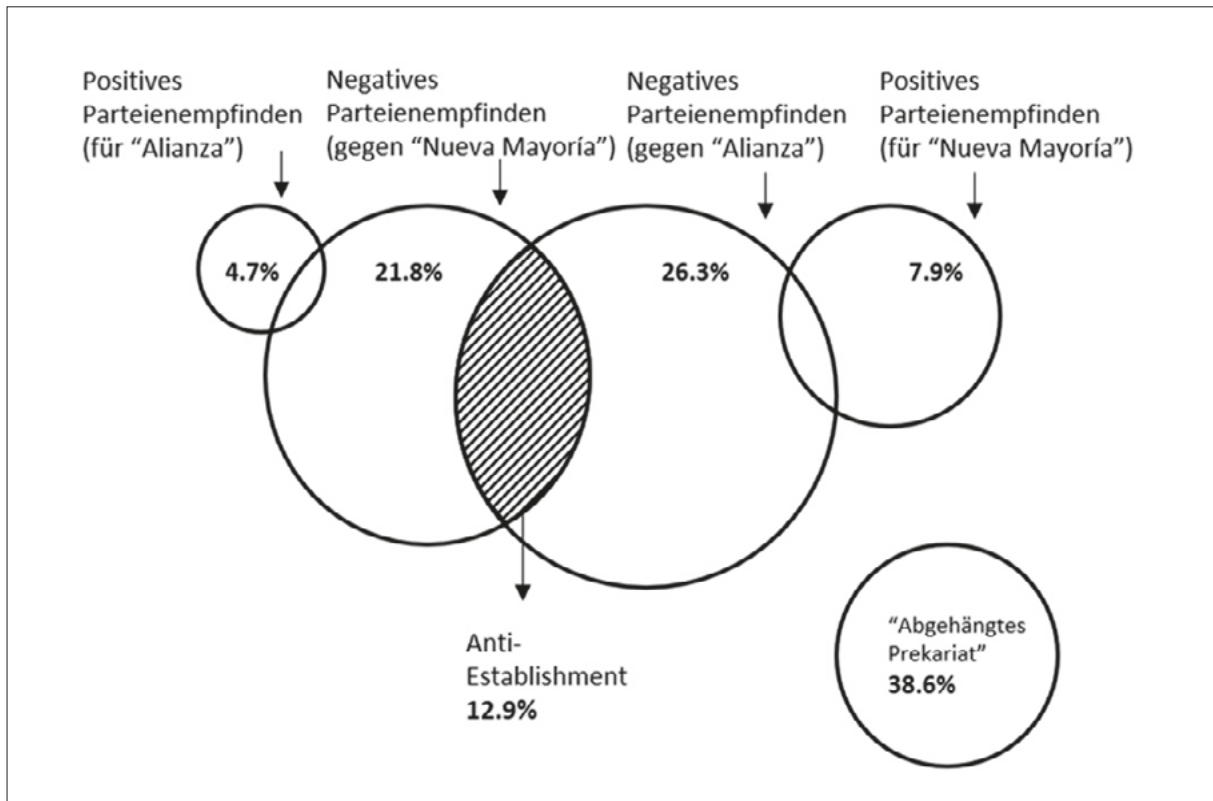
Ein dritter Grund ist das Festhalten an einem traditionellen, elitären Politikstil. Die politischen Prozesse in Chile sind weder generationen- und gendergerecht noch ermöglichen sie die Einbeziehung von Stimmen

aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. Politische und ökonomische Entscheidungen werden in kleinen privilegierten Zirkeln getroffen und wichtige Posten untereinander verteilt. Politische Partizipation und Allianzbildungen mit sozialen Bewegungen finden nur in ungenügendem Maße statt. Stattdessen herrscht eine politische Kultur der Exklusion. Neue soziale Gruppen, wie die Studierendenbewegung, haben daher im etablierten Parteiensystem keine Möglichkeit zur Partizipation gesehen und letztendlich eine eigene Koalition (Frente Amplio Chile) gegründet.

Viertens ist es den Parteien nicht gelungen, ihre Programmatik zu erneuern. Staatschefin Bachelet hat mit ihrem Regierungsprogramm eindeutig die Forderungen der sozialen Bewegungen aufgegriffen: Kostenlose Hochschulbildung war das Hauptanliegen der Studierendenbewegung, eine Arbeitsreform war die Forderung der Gewerkschaften und eine Korrektur des schlecht funktionierenden privatisierten Rentensystems das ge-



Abb. 2: Positives und negatives Empfinden gegenüber Parteien in Chile⁴



Quelle: eigene Zusammenstellung nach Rovira /Melendez: The Missing Link in the Study of Populism

sellschaftliche Thema überhaupt. Dennoch ist ihre Koalition diesen Weg nur zögerlich mitgegangen. Die Parteien waren nicht in der Lage, ein Entwicklungsmodell hin zu einer sozialen Transformation mitzutragen und sich den heutigen Forderungen der Bürger_innen zu nähern. Politikinhalt wurden kaum bzw. nur sehr schleppend erneuert. Als Grund geben Politolog_innen an, dass in den letzten 27 Jahren in Chile stets breite Bündnisse regierten, die gemeinsame Wahlprogramme formulierten. Daher einigte man sich stets nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Stabilität statt Modernisierung lautete das Motto in Chiles »koalitionärem Präsidialsystem« (Chaisty 2014). Zusammen bewirken diese Faktoren, dass Chile 27 Jahre nach Ende der Militärdiktatur in einer Demokratiekrise steckt.

4. Zukunftsherausforderungen: Was erwartet Chile von der künftigen Regierung?

Es erscheint widersprüchlich, dass sich die Chilen_innen in einem Augenblick der Auflehnung gegen das markt-

konforme Leben ausgerechnet einen Multimilliardär und Großunternehmer wie Sebastián Piñera zum Präsidenten wünschen. Der rechtskonservative Kandidat sowie sein Parteienbündnis stehen symbolhaft für das neoliberale Entwicklungsmodell, das Chile zu hinterfragen beginnt. Seine guten Siegeschancen scheinen daher vor allem darin begründet, dass es sich bei den Präsidentschaftswahlen vermutlich um eine Protestwahl handeln wird. Akademiker_innen und Meinungsforscher_innen prognostizieren, dass diejenigen Kandidat_innen die besten Chancen haben, die von den Chilen_innen am wenigsten abgelehnt werden oder das kleinste aller Übel zu sein scheinen. Sie werden also nicht für Sebastián Piñera stimmen, sondern gegen die anderen Präsidentschaftsanwärter_innen. Negative Identitäten sind zunehmend ausschlaggebend für das Wahlverhalten (Castiglioni/ Rovira 2016).⁴

Konkret stimmen die Chilen_innen gegen das sich verlangsamende Wirtschaftswachstum des Rohstoffexport-

4. »Alianza« besteht aus Piñeras Partei RN und UDI.

landes⁵, für das sie die Bachelet-Regierung verantwortlich machen, obwohl diese bessere Ergebnisse erzielte als Ex-Präsident Piñera. Ebenso stimmen sie gegen die steigende Kriminalität, die sich objektiv nicht verändert hat, subjektiv von den Bürger_innen aber als zunehmendes Problem wahrgenommen wird, da Verbrechen das Top-Thema der medialen Berichterstattung sind. Und sie stimmen gegen Korruption und Klientelismus der politischen Elite, die Linke wie Rechte betrifft, aber in den Medien vor allem als Problem der regierenden progressiven Parteien dargestellt wird. Hintergrund dieser verzerrten und zugunsten rechter Parteien ausgelegten Berichterstattung in Chile ist die extrem hohe Medienkonzentration. Vier konservative Unternehmen besitzen im TV-Bereich einen Marktanteil von über 90 Prozent. Auch die Printmedien gehören zu 98 Prozent den beiden Konzernen El Mercurio und La Tercera (Observacom 2016). Ein differenzierter und politisch ausgewogener Zugang zu Informationen ist daher in Chile unmöglich.

Darüber hinaus wollen viele die »Nueva Mayoría«-Regierung abwählen, weil sie zwar mehr soziale Sicherheit fordern, die Art und Weise, wie die Reformen umgesetzt wurden, aber strikt ablehnen. Die in den Jahren seit Ende der Militärdiktatur entstandene chilenische Mittelschicht gibt in Umfragen an, dass sie bessere Renten, Gesundheitsversorgung und Bildungsangebote für sich und ihre Familie wünschen. Sie finden es aber falsch, dass mit ihren Steuerabgaben nun ein soziales Sicherheitssystem für die ärmsten Bevölkerungsgruppen finanziert wird. Zwar wollen sie mehr soziale Sicherheit für sich, nicht aber für die gesamte Gesellschaft. Individualismus statt Gemeinwohl lautet die gesellschaftliche Grundeinstellung. Diese politische Haltung zeigt, wie sehr die Menschen von den beinahe drei Dekaden im deregulierten, kapitalistischen System geprägt sind.

Der nächste Präsident oder die nächste Präsidentin wird wegweisende Entscheidungen bezüglich der von Michelle Bachelet angestoßenen Reformagenda treffen müssen. Während Piñera (Chile Vamos) ankündigt, durch klassische Marktinstrumente die soziale Sicherheit verbessern und das Wirtschaftswachstum durch Steuerersenkungen und eine Austeritätspolitik ankurbeln zu

wollen, setzt Guiller (NM) auf eine Vertiefung der sozialdemokratischen Reformen der aktuellen Regierungschefin. Der Streit um Chiles künftiges Entwicklungsmodell ist entfacht.

Die Rentenpolitik ist dabei eine der dringlichsten Aufgaben, denn dies ist ein Thema mit gesellschaftlichem Sprengstoff. Mehr als 90 Prozent der heutigen Rentner_innen stehen weniger als 200 Euro pro Monat zur Verfügung. Sie haben damit nicht einmal den Mindestlohn, um ihren Unterhalt in einem Land zu bestreiten, das mit den Lebenshaltungskosten auf deutschem Niveau liegt. Armut im Alter ist ein gesellschaftliches Problem in Chile und die Massenproteste diesbezüglich nehmen zu.

Eine weitere dringliche wie ungelöste Aufgabe ist die Gesundheitsreform. Im Vergleich zu anderen OECD-Staaten liegt Chile hinsichtlich der Gesundheitsausgaben (1.424 Euro/Kopf in 2013; OECD-Durchschnitt 3.063 Euro/Kopf) sowie der Lebenserwartung deutlich unterhalb des Durchschnitts. Das weitgehend privatisierte System führt dazu, dass eine angemessene Gesundheitsversorgung für viele Chilen_innen ein unerreichbares Luxusgut ist. Die NM-Regierung hatte daher bis 2018 eine Reform sowie staatliche Investitionen in Höhe von 3,58 Milliarden Euro geplant. Der Großteil des Geldes sollte in den Bau und die Modernisierung von Krankenhäusern fließen. Zudem wollte man 60 der am häufigsten vorkommenden Krankheiten über eine staatliche Versicherung abdecken. Doch schon jetzt zeigt sich, dass man dieses Ziel nicht erreichen wird: Die Gelder wurden wegen der wirtschaftlichen Flaute auf zwei Milliarden Euro reduziert und die Reform nicht angegangen. Solange das »Recht auf Gesundheit« aber nicht für alle Chilen_innen in gleichem Maße gilt, wird es auch nicht gelingen, die soziale Kohäsion zu stärken (UNDP 2017).

Nicht nur das künftige Staatsoberhaupt, sondern alle politischen Parteien stehen vor großen Herausforderungen. Es gilt, das Vertrauen der Bürger_innen in Politik und Demokratie zurückzugewinnen. Denn die wachsende Distanz zwischen den Menschen und der regierenden Elite bildet einen Nährboden für rechtspopulistische Kräfte, wie die Erfahrung in vielen anderen Ländern der Welt derzeit zeigt. Politik muss bürgernah, inklusiv und partizipativ werden – eine Herkulesaufgabe. Andernfalls werden der Druck auf der Straße weiter wachsen, die sozialen Konflikte steigen und die Stabilität der Demokratie abnehmen.

5. Chiles Wirtschaft hängt stark vom Rohstoffexport ab. Landwirtschaftliche Produkte und Kupfer sind die wichtigsten Handelsgüter und China der zentrale Partner. Nach den Boom-Jahren in der letzten Dekade mit Wachstumsraten von 4–6 Prozent sorgen die fallenden globalen Rohstoffpreise nun für eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums (voraussichtlich 2 Prozent in 2017 nach Angaben von CEPAL).



Literatur

Castiglioni, Rossana / Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2016): Introduction. Challenges to Political Representation in Contemporary Chile. In: *Journal of Politics in Latin America*, Vol. 8, Nr. 3, S. 3–24; <https://journals.sub.uni-hamburg.de/giga/jpla/article/view/1002/1009>.

Centro de Estudios Públicos (CEP) (2017): Meinungssumfrage vom 25.10.2017, Santiago de Chile; https://www.cep-chile.cl/cep/site/artic/20171025/asocfile/20171025105022/encuestacep_sep_oct2017.pdf.

CEPAL (2017): *Estudio Económico de América Latina y el Caribe 2017, Informe Chile*; http://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/42001/25/EEE2017_Chile_es.pdf.

Chaisty, P. / Cheeseman, N. / Power, T. (2014): Rethinking the »presidentialism Debate«: Conceptualizing Coalitional Politics in Cross-Regional Perspective. In: *Democratization* 21 (1), S. 72–94.

Fuentes, Claudio (2017): *Las nuevas reglas del juego político en Chile: partidos, campañas y probidad*, Fundación Friedrich Ebert en Chile; <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/chile/13550.pdf>.

Kaltwasser, Cristobal Rovira / Meléndez, Carlos (i. E.): The Missing Link in the Study of Populism (Universidad Diego Portales). In: *Party Politics*.

Observacom (2016): Observatorio Latinoamericano de Regulación, Medios y Convergencia. Informe Chile; <http://www.observacom.org/informe-revela-que-la-concentracion-de-medios-en-chile-es-una-de-las-mas-altas-de-la-region/>.

UNDP (2017): DESIGUALES – Orígenes, cambios y desafíos de la brecha social en Chile; www.desiguales.org.



Über die Autorin

Simone Reperger ist Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Svenja Blanke, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: +49-30-269-35-7484 | Fax: +49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt:
info-lak@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN
978-3-95861-994-4